



BERICHT

in der Sitzung der 15. Landessynode am 7. Juli 2016

zu TOP 5: **Bericht aus der Flüchtlingsarbeit und über eine Umfrage zur Situation von Christen in Flüchtlingsunterkünften**

Bericht aus der Flüchtlingsarbeit

„2015 markiert das Ende der zentralen Lebenslüge einer ganzen europäischen Generation“ - so der Philosoph und Publizist Wolfram Eilenberger. Gemeint ist die trügerische Hoffnung, dass das millionenfache Leid in Ländern des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas weiterhin „lebensweltlich auf Distanz“ gehalten werden könne.

Auch wenn derzeit weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, bedeutet dies keineswegs zurückgehende Flüchtlingszahlen. Erst im Juni wurde im Jahresbericht des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen UNHCR die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf mehr als 65 Millionen korrigiert, die Hälfte davon sind Kinder und Jugendliche. Die Schließung der Balkanroute führt dazu, dass wieder deutlich mehr Menschen über die gefährliche Afrika- Mittelmeerroute nach Italien kommen und die Schleuser ihre Routen den Gegebenheiten schnell anpassen. Währenddessen finden die Staaten in Europa weiterhin keine europäische Einigung zur Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen.

Die großen politischen Themen auf EU-, Bundes- und Landesebene spiegeln sich regional wider und beeinflussen die Situation von Flüchtlingen sowie von Haupt- und Ehrenamtlichen hierzulande, z. B. die unerträglich langen Wartezeiten auf Familienzusammenführung, die ungezählten Dublin-Konstellationen, die Diskussion um weitere sichere Herkunftsstaaten oder die Rückübernahme-Verhandlungen mit zweifelhaften Staaten. Die im Integrationsgesetz geplante Wohnsitzauflage und die geplanten Verschärfungen bei Verfestigung des Aufenthalts von anerkannten Flüchtlingen führen zu großer Verunsicherung und behindern die Integration.

Die Begleitung, Beratung und Integration von Flüchtlingen stellt nach wie vor ein aktuelles und breit aufgestelltes Querschnittsthema in Kirchengemeinden, Kirchenbezirken und diakonischen Diensten und Einrichtungen dar. In rund 40 diakonischen Einrichtungen in Württemberg bestehen derzeit über 1.500 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die im Rahmen der Subsidiarität auf Anfragen der Landkreise eingerichtet wurden.

Nach wie vor engagieren sich ungezählte Menschen ehrenamtlich in Freundeskreisen und Flüchtlingsinitiativen und tragen aus der Mitte der Gesellschaft und Kirche zur Integration in Gesellschaft und Kirchengemeinden bei. Auf der einen Seite erleben wir diese neuen vitalen und demokratischen Solidaritätsformen, auf der anderen Seite haben sich antidemokratische Milieus als politische Größen etabliert. Insgesamt haben in Deutschland seit 2014 die Ablehnung von Asylsuchenden und Islamfeindlichkeit zugenommen und die Zahl der Straftaten gegen „Asylunterkünfte“ und ihre Bewohner hat sich von 2014 auf 2015 laut BMI mehr als verfünffacht.

Nach der Aufnahmesituation im letzten Herbst, in der die Erstversorgung von Flüchtlingen im Mittelpunkt stand, zeigen sich nun die Herausforderungen einer nachhaltigen Integration. Je mehr Flüchtlinge anerkannt werden, werden Kommunen und damit auch Kirchengemeinden zu Lebensorten auf Dauer. Von der Unterkunft zur Nachbarschaft – das ist auch das Ziel der Beheimatung in Kirchengemeinden für unsere Glaubensgeschwister. Ein Eintreten für das hohe Gut der Religionsfreiheit sowie klare Positionierungen gegen Rassismus und jede Form der Menschenverachtung als Profil einer flüchtlingsbereiten Kirche werden angesichts der beschriebenen Entwicklungen immer wichtiger.

Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln sind weitere „Koordinierungsstellen“ im Flüchtlingsbereich eingerichtet und flüchtlingsnahe Dienste verstärkt worden, die die Kirchengemeinden unterstützen. In diesem Zusammenhang wurden intensive konzeptionelle Überlegungen zur regionalen Flüchtlingsarbeit angestellt. Durch die Mittelverteilung nach der Biberacher Tabelle sind die Stellendeputate in den einzelnen Bezirks- und Kreisdiakoniestellen zwangsläufig unterschiedlich. Erfreulicherweise konnten auch zusätzliche Mittel zur Kofinanzierung eingeworben und damit weitere Stellenanteile ausgebaut werden. In allen Kreisdiakoniestellen sind Koordinierungsstellen für die Flüchtlingsarbeit geplant oder bereits besetzt. Damit stehen flächendeckend Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Kirchengemeinden und die Flüchtlingsinitiativen zur Verfügung.

Nach den uns vorliegenden Rückmeldungen sind Aufstockungen und Neueinrichtungen von Koordinierungsstellen in einem Umfang von rund 25 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) vorgesehen, Verlängerungen bereits bestehender Stellen aus dem Maßnahmenpaket II im Umfang von 6,5 VZÄ. Im Sinne interkultureller Öffnung konnten auch Beratungsdienste verstärkt und Integrationsprojekte initiiert werden. Zusammen mit den bereits erwähnten zusätzlichen Drittmitteln wurden hier Stellen in einem Umfang von rund 17 VZÄ ausgebaut, vorwiegend in den Bereichen Sozial- und Lebensberatung, Psychologische Dienste und Flüchtlings- und Migrationsberatung. Für den Bereich Supervision wurden insgesamt rund 30.000 € eingesetzt. Damit kann festgestellt werden, dass die Verwendung der Mittel den Zielvorstellungen und Empfehlungen entspricht.

In allen Dimensionen der Integration in Kirche und Gesellschaft sind die ehrenamtlich Engagierten unverzichtbar, denn Integration in die Gesellschaft braucht die Gesellschaft. Die Einladung in unsere Kirchengemeinden, die Brückenbildung zur Jugendarbeit und weiteren Angeboten braucht das Engagement Freiwilliger ebenso wie die Unterstützung von Flüchtlingen bei der Arbeits- und Wohnungssuche

Es ist unser Anspruch in Kirche und Diakonie, dass wir Menschen beim „Helfen“ helfen und ihr Engagement unterstützen und würdigen. Deshalb sind die Koordinierungsstellen heute so wichtig wie zur Zeit ihrer „Erfindung“ und sie werden es auch weiterhin bleiben. Dies umso mehr, je mehr sich mit der Dauer eines hochmotivierten Engagements teilweise auch Erschöpfungserscheinungen zeigen. Eigene psychische Belastungen durch die Begleitung belasteter Flüchtlinge, Gefühle von Ohnmacht zum Beispiel im Zusammenhang mit Abschiebungen oder Konflikte in Arbeitskreisen brauchen verlässliche Ansprechpartner und Bearbeitungsformate ebenso wie aktualisierte Informationen zu neuen Gesetzeslagen auf Bundes- und Landesebene.

Ich möchte der Landessynode herzlich danken, dass sie weitere Stellen zur Unterstützung in den Kirchenbezirken und Kirchengemeinden ermöglicht hat. Ein großer Dank gilt auch heute wieder allen Haupt- und Ehrenamtlichen, die sich mit hohem Engagement,

mit Fachkompetenz und Phantasie und einem enormen Einsatz an Zeit und Kraft engagieren – sie alle sind das Herz und „Hand und Fuß“ einer flüchtlingsbereiten Kirche.

Umfrage zur Situation von Christen in Flüchtlingsunterkünften

Bericht Interne Abfrage des Diakonischen Werk Württemberg zur Situation in Flüchtlingsunterkünften- Juni 2016 (*Folie 1*)

0 Fragebogen und Methode (*Folie 2*)

Die Abfrage, die das Diakonische Werk Württemberg in einem Zeitraum vom 13. Mai 2016 bis Mitte Juni 2016 durchgeführt hat, trägt den Charakter einer internen und explorativen Befragung. Es besteht kein Anspruch auf die Erfüllung wissenschaftlicher Standards und auf repräsentative Ergebnisse.

Der Fragebogen, der im Diakonischen Werk Württemberg entwickelt wurde, enthält quantitative und qualitative Fragen. Er bündelt die konkreten Fragen nach der Situation christlicher Flüchtlinge in Flüchtlingsunterkünften ein in den größeren Zusammenhang des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher kultureller und religiöser Traditionen. Eine Frage bezieht sich auf positive Erfahrungen des Zusammenlebens und auf hilfreiche Faktoren. (*Folien 3 und 4*)

In einer ersten internen Abfrage wurde der Bogen an die Geschäftsführenden / Dienststellenleitungen mit der Bitte um Weitergabe an die Dienste in der Sozial- und Verfahrensberatung in den Landeserstaufnahmestellen, in der Flüchtlingssozialarbeit in der Vorläufigen Unterbringung und Anschlussunterbringung sowie an die Koordinierungsstellen geschickt.

In einer zweiten erweiterten Abfrage wurden die Koordinierungsstellen gebeten, Ehrenamtskreise, mit denen sie in Kontakt stehen, stichprobenhaft einzubeziehen.

Wie die Rückmeldungen zeigen, hat der Fragebogen auch nichtkirchliche Kreise und Adressaten außerhalb Württembergs erreicht.

Im Bewusstsein um die prinzipiellen methodischen Probleme einer Abfrage lassen sich aus den Rückmeldungen einige Tendenzen ableiten. Bevor ich Ihnen diese vorstelle, möchte noch einen Aspekt ansprechen, den ich für besonders wichtig halte. Wir haben versucht, mit Formulierungen wie „Menschen unterschiedlicher religiöser Traditionen“ eine abgrenzende und pauschale Konstruktion „Anderer“ zu vermeiden, seien es „die Christen“ oder „die Muslime“ oder weitere Gruppen. Dennoch bleibt es auch dabei nicht aus, dass sich pauschale Bezeichnungen und Konnotationen einstellen. Ausdrücklich möchte ich deshalb hinweisen sowohl auf Binnendifferenzierungen in den einzelnen Religionsgemeinschaften sowie auf die Gefahr der Reduktion von Menschen auf ein einziges Merkmal. Menschen sind - gerade auch in unserem diakonischen Verständnis - immer „mehr“ als Angehörige einer bestimmten Religion, Nation oder weiterer Merkmale.

I Erste Ergebnisse (*Folie 5*)

Nach diesen Vorbemerkungen komme ich nun zur Vorstellung erster Ergebnisse. Wir haben bei der Auswertung einen Schnitt gemacht mit dem Eingang von 67 Rückmeldungen bis zum 24. Juni 2016. Zwischenzeitlich sind wir bei 70 Rückmeldungen, die wir alle bearbeiten werden.

Von den 67 Rückmeldungen kommen

- 3 aus Landeserstaufnahmeeinrichtungen
- 26 aus Unterkünften der Vorläufigen Unterbringung und der Anschlussunterbringung
- 14 aus der Unterbringung von UMA (Jugendhilfe)
- 15 aus Ehrenamtskreisen

Über diesen ursprünglichen Verteilerkreis hinaus erreichten uns weitere neun Rückmeldungen, zwei auch von außerhalb Württembergs. Diese zusätzlichen Rückmeldungen kommen aus einer Ortspolizeistelle, einer kommunalen Koordinierungsstelle zur Unterbringung von Flüchtlingen, einem Deutschlehrer, aus einem Hotel, in dem Flüchtlinge untergebracht sind, sowie von weiteren Hauptamtlichen.

Um die Ergebnisse in eine Relation zu stellen, hier zunächst einige Vergleichszahlen
(Folie 6)

- In Baden-Württemberg wurden im letzten Jahr rund 100.000 Flüchtlinge neu aufgenommen
- In diesem Jahr wurden bis Ende Mai 2016 34.000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg aufgenommen.
- In der Landeshauptstadt Stuttgart sind 8760 Flüchtlinge in 124 Unterkünften untergebracht
- Die erste quantitative Frage (Folie 7) nach der Beurteilung der Atmosphäre in der Einrichtung auf einer Skala von 1 – 5, d.h. von angespannt bis entspannt bringt das Ergebnis

3 angespannt (davon eine Rückmeldung von außerhalb Württembergs)

4 eher angespannt

15 im Mittelfeld

28 eher entspannt und

11 entspannt

- Hier die Rückmeldungen zur Frage nach der Situation des Zusammenlebens von Menschen unterschiedliche religiöser Traditionen aus den drei Landeserstaufnahmeeinrichtungen (Folie 8), in denen diakonische Träger aus Württemberg Stellendeputate haben.
- Die nächste quantitative Frage bezieht sich darauf, wie oft Bewohner der Unterkunft angegeben haben, aufgrund ihrer Religion angegriffen, gemobbt oder ausgegrenzt worden zu sein (Folie 9).

31 x niemals

9 x 1 Mal

2 x 2 Mal

6 x 3 Mal

2 x 5 Mal

1 x 6 Mal

Weitere Rückmeldungen siehe Folie

- Auf die Frage, welchen Grad sie diesen Problemen beimessen würden antworteten (Folie 10)

26 mit „Alltagskonflikte“

3 mit „Mobbing“

2 mit „Übergriffen“

Und weitere mit Mehrfachnennungen

- Über die qualitative Frage nach konkreten Ereignissen können wir diese Problemgrade nun mit konkreten Anlässen und Situationen unterfüttern und kommen damit weg von pauschalen Formulierungen.

Hier die Hintergründe, die als typische Alltagskonflikte eingestuft wurden (Folie 11):

- Zusammenleben „auf engem Raum“ von verschiedenen Kulturen, z.B. zwischen Arabern und Afrikanern, zwischen Syrern und Afghanen
- „Konflikte sind eher auf unterschiedliche kulturelle als auf religiöse Unterschiede zurückzuführen“
- Jesidische Flüchtlinge wollen mit muslimischen Flüchtlingen nicht in einer Wohneinheit leben (Ängste, traumatische Erfahrungen aus Herkunftsland)
- „Christen, insbesondere relativ neu Konvertierte äußern sich über schlechte Nachrede durch Muslime“
- Mangelnde Rücksichtnahme z.B. von Alleinstehenden auf Familien/Kinder oder im Ramadan auf diejenigen, die nachts schlafen möchten
- Politische Diskussion um „Erste-Klasse-Flüchtlinge“ und „Zweite-Klasse-Flüchtlinge“ spiegelt sich in Unterkünften wieder

Als „Übergriffe“ und „Mobbing“ wurden eingestuft (Folie 12):

Übergriffe:

- Auseinandersetzungen über die richtige Art zu leben (Kleidung, Nahrung, Verhalten von Frauen) – ohne Religionsangabe
- Zwischen arabischen und kurdischen Syrern und zwischen Jesiden und Muslimen
- Sexuelle Belästigung
- Innerfamiliär

Mobbing:

- Ausgrenzung einer afrikanischen Person durch Personen aus dem Balkan (Kontext Arbeitsgelegenheit)
- Provokationsversuche „Nicht-Gläubiger“ durch das Tragen kurzer Hosen
- Mobbingversuch an einem christlichen Syrer an Weihnachten

- Eine nächste quantitative Frage (Folie 13) bezieht sich auf die Verlegung aus Unterkünften aus ethnisch-religiösen Gründen. Dahinter steht die Annahme, dass eine Verlegung aus der Unterkunft einen bestimmten Eskalationsgrad erreicht hat.

Die Rückmeldungen ergeben hier

44 x keine Verlegung
3 x 1 Verlegung
3 x 2 Verlegungen
1 x 3 Verlegungen
2 x 4 Verlegungen

- Als konkrete Vorfälle für eine Verlegung werden z.B. benannt (Folien 14 und 15): Aggressives Verhalten, körperliche Auseinandersetzungen, Diebstahl, Erpressung, Sozialversicherungsbetrug, Missachtung der Hausordnung, Beleidigung durch Muslim gegenüber christlichen Mitbewohnern, Störungen der Nachtruhe, unsensible Belegung, sexuelle Belästigung (weitere auf den Folien)
- Zur Frage nach Erfahrungen mit Menschen, die erst in Deutschland zum christlichen Glauben konvertiert sind (*Folie 16*), liegen nicht viele Rückmeldungen vor. In zwei der Rückmeldungen wird auf Freikirchen Bezug genommen..
- Ein großer Gewinn ergibt sich aus der qualitativen Frage nach positiven Beispielen des Zusammenlebens unterschiedlicher Religionen. Die hier genannten Beispiele sind wegweisend auch für die künftige Arbeit in Unterkünften.

Es lassen sich aus den Antworten vier Hauptkategorien bilden (Folie 17)

- Begegnungsanlässe schaffen wie z.B. Internationale Cafes, Dialogkreise in Kirchengemeinden und gemeinsam etwas unternehmen, z.B. interkulturellere Garten. Religion als Thema aufnehmen z.B. Gebetsräume/Räume der Stille in den Unterkünften, gegenseitige Einladung zu Festen, Religionsfreiheit thematisieren
- Kommunikation und Wertediskurs (Folie 18)
z.B. Respekt vor dem Anderen, Offenheit
- strukturelle Faktoren
z.B. sensible Belegungssteuerung, Bildung eines „Repräsentantenrats“, konsequente Verfolgung von Straftaten

III Schlussfolgerungen

- Unterkünfte als erste Orte des Ankommens von Flüchtlingen bieten ein vielfaches und teilweise ambivalentes Potential – sie können Orte der ersten Orientierung sein oder auch Orte mit Konfliktpotential. Mitentscheidend sind strukturelle Faktoren wie Belegungsdichte, Sensibilität in der Belegung, Personalschlüssel, Gemeinschafts- und Rückzugsräume. Weitere wesentliche Einflussfaktoren sind u.a. die Dauer des Aufenthalts der Bewohner, die Länge des Asylverfahrens, die psychische und physische Gesundheitssituation, die Familiensituation (getrennte Familien) und besonders auch die Frage der individuellen Perspektive.
- Die in der Abfrage benannten Probleme in Unterkünften werden vorrangig im Kontext der allgemeinen Rahmenbedingungen von Unterkünften wie fehlende Privatsphäre, psychische Belastungen, nicht ausreichender Stellenschlüssel etc. verortet.
- Systematische Übergriffe auf christliche Flüchtlinge in Unterkünften in Württemberg lassen sich nicht belegen. Dies ergab auch die Spontanabfrage zur Beantwortung der Förmlichen Anfrage von Frühjahr 2016.

- Probleme und Ängste, die aus den Erfahrungen in den Herkunftsländern mitgebracht werden, sind zu berücksichtigen (Bsp. Jesiden)
- Einzelfällen, die über Alltagskonflikte hinausgehen, muss in aller Sorgfalt und mit allen juristischen Konsequenzen nachgegangen werden.
- Eine Bezugnahme auf religiöse Diskriminierung darf weder individuell für andere Zwecke instrumentalisiert werden noch allgemein zu ideologischen Debatten und Überhöhungen führen.
- Wer den Blick auf Konflikte in Unterkünften richtet muss mit bedenken, dass Unterkünfte und ihre Bewohner Ziel von Anfeindungen und Übergriffen von außen sind. Laut Bundesinnenministerium hat sich die Zahl der Straftaten gegen „Asylunterkünfte“ von 2014 auf 2015 mehr als verfünffacht - von 199 auf 1.031. Darunter waren 385 Sachbeschädigungen, 208 Propagandadelikte, 94 Brandstiftungen, 60 Körperverletzungen und vier Tötungsdelikte.

IV Weiterarbeit

- Gebraucht werden tragfähige Schutzkonzepte für Minderheiten (nicht nur religiöse Minderheiten, z. B. auch Homosexuelle) in Unterkünften als Aufgabe des Landes bzw. der Politik sowie eine sensible Ausrichtung der Belegung.
- Taufbewerber und Taufbewerberinnen brauchen eine sensible seelsorgerliche Begleitung in Kirchengemeinden, die über die Taufe hinausgeht und die die Lebenssituation in Unterkünften berücksichtigt..
- Die Dienste, die Kirche und Diakonie haupt- und ehrenamtlich in den Unterkünften übernehmen, sind prinzipiell offen für alle Flüchtlinge. Ein besonderes Augenmerk dabei gilt dem Bedarf an christlicher Seelsorge und geistlichen Angeboten.
- Die Angebote von Kirche und Diakonie sollen als Dienste christlicher Träger erkennbar sein, ohne ausgrenzend zu wirken. Interreligiös getragene Aktivitäten können „Religion“ als Zusammenwirken erfahrbar machen und damit Konkurrenz entgegenwirken.
- Die Feste der Religionen bieten niedrigschwellige Möglichkeiten gegenseitiger Einladung und des Kennenlernens der verschiedenen Religionen.
- Die Angebote für Christen in den Unterkünften (z.B. Andachtsräume für Christen in der EA Sigmaringen) werden wir weiterentwickeln.
- Die Kooperation mit den Gemeinden anderer Sprache und Herkunft bereits in Unterkünften werden wir verstärken.
- Gebraucht werden Impulse und Modelle in Unterkünften, die zur interreligiösen Verständigung und zum Frieden beitragen, z.B. auch durch eine Intensivierung friedensethischer und friedenspädagogischer Schulungen der haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden.
- Wir prüfen intensiv die Einrichtung eines „Vertrauenstelefon“ in christlicher Trägerschaft für Flüchtlinge in Unterkünften und entwickeln hierzu mit den Asylpfarrämtern und Flüchtlingsdiakonaten geeignete Kommunikationsformen.